

Markus Meckel

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich es unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten für wichtig ansehe, dass bereits im kommenden Jahr eine Agentur für Rüstung, Forschung und Beschaffung errichtet wird. Diesen Vorschlag haben wir gemeinsam mit Frankreich vorgelegt. Gerade die Rüstungspolitik und die Beschaffungspolitik, die wesentlich mit unserer Wirtschafts- und Forschungspolitik zusammenhängen, müssen eine europäische Dimension bekommen. Wir in Europa können uns nicht dauerhaft damit abfinden, nur amerikanische Waffen zu kaufen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Meckel, Sie müssen zum Schluss kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

Markus Meckel (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Ich halte es für richtig, dass wir Europäer mit dem Konzept Solanas eine eigene europäische Sicherheitsstrategie entwickelt haben. Ich hoffe sehr, dass wir sie verabschieden und gleichzeitig mit den Vereinigten Staaten im Rahmen der NATO in einen intensiven Dialog über die Strategie für unsere gemeinsame Sicherheit eintreten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht können Sie den Geräuschpegel so weit senken, dass wir den letzten Redner noch verstehen können. – Als letztem Redner in dieser Debatte gebe ich das Wort dem Kollegen Dr. Peter Gauweiler, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, alles Gute zum Geburtstag. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Grundlage Europas zählt der jetzt vorliegende Verfassungsentwurf Werte auf, die von der griechischen und der römischen Zivilisation bis zur Philosophie der Aufklärung reichen. Wir halten es für absurd, dass in dieser Aufzählung das **Christentum** als Kernelement der europäischen Geistesgeschichte nicht genannt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Egal ob man katholisch oder evangelisch ist: Papst Johannes Paul II. hat Recht, wenn er sagt, man müsse auf jeden Versuch reagieren, der den Beitrag des Christentums aus dem Aufbau des neuen Europas streichen wolle. Dieser Hinweis auf die christliche Tradition ist kein Hinweis auf fremde Vergangenheiten, sondern ist zeitgeschichtlich hochaktuell; man muss nur an die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas denken. Der Gottesbezug war wesentlich für die Menschen, die an den Informationsandachten in der Gethsemane-Kirche

im Ostberliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg teilgenommen haben. Er war wesentlich für die katholischen Arbeiter, die neun Jahre zuvor ein riesengroßes Holzkreuz vor der staatlichen Werft in Danzig aufrichteten, was in die Geschichte als „Wunder von Danzig“ eingegangen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Grundlage für diese Taten ist das Bekenntnis, dass wir uns des Evangeliums von Jesus Christus nicht schämen. Das wollen wir über alle Parteigrenzen hinweg zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir uns auch nicht, Herr Gauweiler!)

Der **Gottesbezug** ist eine verbindende Klammer und ein Ausdruck versöhnter Verschiedenheit. Der Direktor der europäischen Rabbinerkonferenz, Rabbiner Moshe Rose, hat erklärt, dass der Gottesbezug in der europäischen Verfassung vonseiten der jüdischen Bevölkerung als erstrebenswert angesehen werde und ausdrücklich gewünscht sei. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Dr. Nadem Elyas, hat Ähnliches an Valéry Giscard d'Estaing geschrieben, nämlich dass es sich von selbst verstehe, dass es die europäischen Muslime begrüßen würden, wenn im künftigen europäischen Verfassungsdokument auf Gott und das religiöse Erbe Bezug genommen würde.

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Aber doch nicht nur auf das Christentum!)

- (D)

Vorhin wurde von einigen Rednern gesagt, es gebe hier eine Äquidistanz zwischen dem Vatikan auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite. Das ist nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, dass sich die überwiegende Zahl der europäischen Länder für die Aufnahme dieses Gottesbezugs – ähnlich wie bei uns im Grundgesetz von Theodor Heuss formuliert – ausgesprochen hat. Irland, Litauen, Malta, Portugal, Polen, Spanien, die Slowakei, Italien, Ungarn, die Niederlande, Österreich, Luxemburg und Lettland haben sich ausdrücklich für einen Gottesbezug ausgesprochen bzw. erheben keine Einwände. Ich glaube nicht, dass der Deutsche Bundestag hier neutral sein kann. Wir müssen Farbe bekennen. Dem dient dieser Antrag.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

– Weil ich Zwischenrufe der geschätzten Kollegen der SPD gehört habe, erinnere ich daran: Auch das Godesberger Programm stützt sich für Ihre eigenen Grundwerte nicht nur auf den Humanismus, sondern ausdrücklich auch auf das christliche Erbe. Wir sagen: Die europäische Verfassung sollte nicht hinter das Programm der SPD zurückfallen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein berühmter Journalist sagte dieser Tage im Zusammenhang mit Weihnachten – ich zitiere –: Gott fand da-

Dr. Peter Gauweiler

- (A) mals keinen Raum in der Herberge und bekommt heute keinen Platz in der EU-Verfassung.

(Zuruf von der SPD: Pharisäer!)

– Verehrter Kollege, was heißt hier „Pharisäer“? Wir legen Ihnen hier einen Antrag vor, zu dem Sie Ja oder Nein sagen können. Das ist immer noch viel besser, als den Papst zu besuchen, in einer Rede 15-mal „Heiliger Vater“ zu sagen und dann diesem Antrag nicht zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

Außerdem hat sich Ihr eigener Bundeskanzler in der Haushaltsdebatte ausdrücklich dafür ausgesprochen. Er sagte: Diejenigen in Europa, die dafür eintreten, den Gottesbezug in die europäische Verfassung aufzunehmen, haben ein größeres Recht als diejenigen, die ihn streichen wollen. Wir wollen nichts anderes, als dass Sie Gerhard Schröder hier ausnahmsweise einmal geschlossenes Recht geben. Ich weiß nicht, warum man so lange darüber reden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU – Beifall des Abg. Klaus Uwe Benneter [SPD] – Michael Glos [CDU/CSU]: Das wäre was Neues!)

Ein Europa, dem der Geist seiner Kirchen und Kathedralen keine Erwähnung mehr wert ist, hätte seine Seele verloren. Kein Euro und keine Denkmalspflege auf der Welt könnten darüber hinwegtäuschen.

- (B) Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Herr Gauweiler, Sie haben was verloren!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Zu einer Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Joschka Fischer das Wort.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Er war weder hier noch hat er zugehört! Die ganze Zeit kein Regierungsmitglied auf der Bank und jetzt eine solche Show! – Peter Hintze [CDU/CSU]: Wir sind am Schluss der Debatte! Da gibt es keine Kurzintervention mehr!)

Joseph Fischer (Frankfurt) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem verehrten Kollegen Gauweiler vorab kurz auf seine Bemerkung bezüglich der Häufigkeit, wie oft man den Heiligen Vater „Heiliger Vater“ nennt, antworten. Als Ministrant kann ich Ihnen nur sagen: Das hat man früh eingeübt und das bleibt, auch nachdem man dieses hohe Amt aufgegeben hat, bestehen.

Nun zur Sache. Ich glaube, es ist nicht angebracht, in einer Sache, in der wir uns eigentlich einig sind, so zu streiten.

(Zurufe von der CDU/CSU)

- (C) – Ich kann Ihnen seitens der Bundesregierung nur noch einmal unsere Position versichern. Da es ein solch ernstes Thema ist, frage ich mich allerdings, warum es in dieser Form, mit dieser Konfrontation und in dieser Sprache, vorgetragen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich kann Ihnen an diesem Punkt sagen: Ich persönlich werde dem Antrag der Union nicht zustimmen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Scheinheilig!)

Ich kann Ihnen aber ebenfalls versichern, dass die Bundesregierung bei dem anstehenden Konvent – das haben der Bundeskanzler und ich immer wieder gesagt – mit der Position, die zum Beispiel in unserem Grundgesetz verankert ist, oder mit ähnlichen Formulierungen sehr gut leben kann und dass wir uns dafür verwandt haben, ähnliche Formulierungen in den Konvent einzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Kollege Gauweiler, die Ehrlichkeit gebietet es aber, zu erwähnen: Wir hatten den Besuch von Ministerpräsident Berlusconi, der sich auch sehr bemüht und eine noch weiter gehende Kompromissformel vorgeschlagen hat, die dann allerdings abgelehnt wurde. Man muss ehrlicherweise sagen, dass es angesichts dessen, worum es heute geht, nicht möglich ist, mit bestimmten Mitgliedstaaten, nicht mit uns, einen weiter gehenden Konsens zu erreichen. Wir werden uns auf der vor uns liegenden Konferenz dennoch darum bemühen.

- (D) Aber ich muss Ihnen auch ehrlich sagen: Die Art und Weise, wie Sie hier gerade polemisiert haben, zeigt, dass bei Ihnen offensichtlich das Parteipolitische im Vordergrund steht.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Deswegen werde ich Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort zur Erwiderung gebe ich dem Kollegen Gauweiler.

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Herr Bundesminister Fischer, Ihre Ermahnung in Sachen Polemik trifft mich tief.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist gut!)

Ich möchte Ihre diesbezügliche Erfahrung gar nicht infrage stellen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Wären Sie vielleicht bereit, nur die Aussage, die Sie während Ihrer Privataudienz bei Papst Johannes Paul II. gemacht haben und die zu unser aller Freude über Radio Vatikan weltweit verbreitet worden ist, hier zur Abstimmung zu stellen, sodass Ihre Parteifreunde von den

Dr. Peter Gauweiler

- (A) Grünen und Ihre Koalitionsfreunde aus der SPD zustimmen könnten? Ich kann in einer Art Geschäftsführung ohne Auftrag sagen, dass die überwältigende Mehrheit des Hauses einem solchen Antrag von Ihnen beipflichten würde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache vorsorglich darauf aufmerksam, dass nach der namentlichen Abstimmung weitere Abstimmungen folgen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf. Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/2173.

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen auf Ihren Plätzen bleiben, damit ich die Mehrheiten genau erkennen kann. Vor der namentlichen Abstimmung führen wir zunächst andere Abstimmungen durch.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/2173? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der CDU/CSU und Zustimmung der FDP abgelehnt.

- (B) Tagesordnungspunkt 3 b: Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf Drucksache 15/2188. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung die Annahme des Antrags der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 15/1878 mit dem Titel „Die Errungenschaften des Konvents sichern – das europäische Verfassungsprojekt erfolgreich vollenden“. Es ist vereinbart, dass über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt werden soll. Wer stimmt für den Antrag auf Drucksache 15/1878? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalition bei Gegenstimmen der CDU/CSU und Enthaltung der FDP sowie der beiden fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1694 mit dem Titel „Für eine zügige Regierungskonferenz über die EU-Verfassung“. Auch hier ist vereinbart, dass über den Antrag abgestimmt wird. Wer stimmt für den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1694? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalition und der FDP bei Gegenstimmen der CDU/CSU abgelehnt.

Unter Nr. 3 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1695 mit dem Titel „Gottesbezug im europäischen Verfassungsvertrag“. Es ist wiederum vereinbart, dass über den Antrag der Fraktion der CDU/CSU abgestimmt wird.

(C) Zu diesem Antrag liegen mir Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung vor, und zwar von Katrin Göring-Eckardt plus weiterer sieben Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen¹⁾, von der Kollegin Antje Vollmer plus vier weiterer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen²⁾, von Michael Roth plus weiterer 54 Abgeordneter der SPD-Fraktion³⁾, von Kurt Bodewig plus weiterer drei Abgeordneter der SPD-Fraktion⁴⁾ und von Rolf Stöckel⁵⁾ sowie von Vera Lengsfeld plus weiterer Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion vor.⁶⁾

Die Fraktion der CDU/CSU verlangt namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit dem Auszählen zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.⁷⁾

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, ihre Plätze bei den Fraktionen wieder einzunehmen, weil wir nun zu weiteren Abstimmungen kommen.

(D) Noch Tagesordnungspunkt 3 b: Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union empfiehlt unter Nr. 4 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/2188 die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1801 mit dem Titel „Preisstabilität als Ziel im EU-Verfassungsvertrag festschreiben – Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sichern“. Auch hier soll über den Antrag abgestimmt werden. Wer stimmt für den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1801? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 3 c. Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit auf Drucksache 15/2183 zum Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Daseinsvorsorge nicht gegen Wettbewerb ausspielen“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/1712 abzulehnen. Hier stimmen wir wie üblich über die Beschlussempfehlung des Ausschusses ab. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung des Ausschusses? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalition bei Gegenstimmen der FDP und Enthaltung der CDU/CSU angenommen.

¹⁾ Anlage 2

²⁾ Anlage 3

³⁾ Anlage 4

⁴⁾ Anlage 5

⁵⁾ Anlage 6

⁶⁾ Anlage 7

⁷⁾ siehe Seite 7168 D